

# **MISSION TOMORROW: ENERGIESOUVERÄNITÄT ALS ANTWORT AUF DEN RUSSISCHEN ENERGIEKRIEG**

## **Positionspapier der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag**

### **Mission Tomorrow: Energiesouveränität als Antwort auf den Russischen Energiekrieg**

Russlands Energiekrieg gegen Deutschland zeigt: Deutschlands Achillesverse ist die Energieversorgung. Die Inflation ist in großen Teilen auf die Energiepreise zurückzuführen, deshalb braucht Deutschland jetzt eine Strategie für bezahlbare und nachhaltige Energie. Wir denken heute schon an morgen und werden dafür sorgen, dass wir mit einer zukunftsfähigen und verantwortungsvollen Energiepolitik die deutsche Energiesouveränität wiederherstellen, die Versorgungssicherheit nachhaltig sichern, unsere ambitionierten Klimaschutzziele erreichen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland erhalten.

Mit dem EEG 2023 und vielen weiteren energiepolitischen Gesetzen haben wir die bereits bestehenden Regelungen verändert. Es zeigt sich aber schon heute, dass diese evolutionären Schritte nicht ausreichen, um die Energieversorgung in Deutschland bezahlbar zu machen, nachhaltig zu sichern und den Ausbau der Erneuerbaren im erforderlichen Maße voranzutreiben.

2022 war das Jahr vieler staatlicher Eingriffe in den Energiemarkt, 2023 muss das Jahr der Privatisierung werden. Wir wollen nach vorne schauen und einen Aufbruch in ein neues Energiezeitalter gestalten, dafür braucht es die Kraft der privaten Investitionen, von Innovationen und Gestaltungswillen.

Dieser Energieaufbruch kann Deutschland an die Spitze der Energietechnologie katapultieren. Wir wollen Innovationsführerschaft bei wichtigen Technologien erreichen. Wir wollen weg von einer konservativen, ideologischen und konventionellen Energiepolitik und hin zu neuen Ideen und Wegen zur Sicherung der Energieversorgung.

Bei der Energieerzeugung und den Energieträgern benötigen wir einen Generationenwechsel - weg von Fossilen hin zu Freiheitsenergien. Dazu zählen wir alle Energien, die unsere Unabhängigkeit, unseren wirtschaftlichen Wohlstand, unsere Sicherheit und das Klima effektiv schützen. Während dieses Generationenwechsels müssen wir aber verantwortungsvoll vorgehen, die Energieversorgung muss dauerhaft sicher und zuverlässig funktionieren und wieder bezahlbar werden. Wir brauchen dafür einen Paradigmenwechsel. Während die USA mit dem Inflation Reduction Act zeigen, welche Dynamik marktwirtschaftliche Impulse und Technologieaffinität auslösen, setzt Europa weiter auf Mikromanagement, Bürokratismus und realitätsferne Goldstandards. Im globalen Wettbewerb um Investitionen und klimaneutrales Wachstum werden wir so nicht bestehen.

### **Versorgungssicherheit durch Energiesouveränität**

#### **Diversifizierung der Energiebeschaffung**

Wir müssen unsere Energiesouveränität schnellstmöglich zurückgewinnen. Viele Maßnahmen, wie der Ausbau von LNG-Terminals zum LNG-Import oder die Gasspeicherfüllung, haben wir bereits erfolgreich umgesetzt. Wichtigster Punkt für Energiesouveränität ist aber eine Diversifizierung der Beschaffungsstruktur. Wir dürfen

uns nicht mehr von einem Lieferanten abhängig machen, sondern müssen unsere Lieferantenstruktur breiter aufstellen. Dies bedeutet, dass wir schnell und dauerhaft unabhängig von einzelnen Lieferanten werden. Durch die neue LNG-Infrastruktur ermöglichen wir mehr Wettbewerb beim Energieimport und können so bessere Ergebnisse erzielen. Von Wladimir Putins Russland darf Deutschland auch nach Kriegsende kein Gas mehr kaufen. Die Pipelines Nord Stream I und II dürfen nicht wieder in Betrieb genommen werden. Innerhalb Deutschlands müssen wir daher alle vorhandenen Ressourcen nutzen.

### **Nutzung eigener Ressourcen und Kapazitäten ermöglichen**

Mittelfristig können wir unsere Energiesouveränität verbessern, indem wir unsere eigenen Ressourcen besser als bisher nutzen. Wir müssen dafür offen sein, unsere heimischen Öl- und Gasfelder zu erschließen, an Land und auf See. Dabei sollte Deutschland auch die Schiefergasgewinnung ermöglichen, die nach allem Dafürhalten und selbst von der unabhängigen Expertenkommission der Bundesregierung als technisch machbar und risikoarm angesehen wird. Eine temporär beschränkte Gewinnung fossiler Ressourcen in Deutschland ist ökologisch vorteilhaft gegenüber dem Import und erhöht unsere Energiesouveränität: Wir können in Deutschland selbst sicherstellen, dass Umwelt- und Klimaschutzvorgaben eingehalten werden. Außerdem reduzieren wir Transportemissionen und den hohen Energieaufwand, der etwa bei Gas zur Umwandlung in LNG anfällt. Daher sollte das bestehende Verbot abgeschafft und die Genehmigungsverfahren vereinfacht und gestrafft werden. Damit kann sich zeigen, ob wirtschaftliche, genehmigungsfähige und akzeptierte Projekte in Deutschland umgesetzt werden.

Primär setzen wir allerdings auf den starken Ausbau der Erneuerbaren Freiheitsenergien. Windkraft, Wasserkraft, Solar oder Biomasse sind als vorhandene Ressourcen gut nutzbar. Wir erhöhen mit den Erneuerbaren Freiheitsenergien unsere Unabhängigkeit von Energieimporten.

Beim Ausbau Erneuerbarer Energien möchten wir den Umwelt- und Naturschutz in standardisierten Verfahren sicherstellen. So soll im Regelfall vorab bei einer Flächenausweisung überprüft werden, welche Maßnahmen getroffen werden müssen. Lange Prüf- und Klageverfahren sollen dabei vermieden werden. Landwirtschaftliche Flächen sollen noch stärker zusätzlich auch für die Energieerzeugung genutzt werden können - ohne dass es einer Umwidmung der Flächen bedarf.

### **Die Potentiale der Kernkraft erhalten**

Wir sind überzeugt, dass die Reihenfolge des Ausstiegs aus den bestehenden Kern- und Kohlekraftwerken in Deutschland mit Blick auf das Klima die falsche ist. Nach bisherigen Erkenntnissen des Bundeswirtschaftsministeriums ist der Weiterbetrieb der noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke nicht notwendig. Zur Absicherung der Preisstabilität ist dieser aus unserer Sicht dennoch wünschenswert. Das vergangene Jahr hat zudem gezeigt, dass Notsituationen nicht immer absehbar sind und Einschätzungen der Versorgungssicherheit sich ändern können. Daher sollten die Kernkraftwerke bis zur vollständigen Substitution des russischen Erdgases durch andere Quellen – voraussichtlich im Frühjahr 2024 – reaktivierbar bleiben.

Darüber hinaus wollen wir auch das Potential neuer und sicherer Technologien der Kernspaltung und der Kernfusion – insbesondere auch der lasergetriebenen Kernfusion – prüfen und gesellschaftlich diskutieren. Dazu gehören auch die SMR (Small Modular Reactor) bzw. Flüssigsalzreaktoren. Beide Technologien sind in Europa Bausteine, die die Erneuerbaren Freiheitsenergien im Mix perspektivisch ergänzen können

## **Gasnetze klimaneutral weiternutzen**

Zu einer Diversifizierung der Energieversorgung zählt auch die Weiternutzung der Gasnetze. Dies ist zudem auch wichtig für eine schnelle und erfolgreiche Wärmewende. Zwar müssen und werden Wärmepumpen und klimaneutrale Fernwärme eine wichtige Rolle in der künftigen Wärmeversorgung spielen, deren Anwendung gesetzlich zu forcieren und gleichzeitig die Nutzung klimaneutraler Gase zu beschränken oder gar zu verhindern wäre im Hinblick auf die Sozialverträglichkeit und Umsetzbarkeit der Wärmewende jedoch fahrlässig.

In diesem Zusammenhang setzen wir auf die Ertüchtigung des bestehenden Gasnetzes und eine Stärkung der Verbünde über die europäischen Ländergrenzen hinweg. Kurzfristig möchten wir die Einspeisung von Biomethan ins Gasnetz deutlich erhöhen. Mittelfristig müssen die Gasnetze wasserstofffähig gemacht werden. Langfristig möchten wir die Gasnetze auf Biomethan und Wasserstoff umstellen. Dabei soll marktgetrieben eine Umstellung der dafür geeigneten Netzgebiete erfolgen. Biomethan wird aus landwirtschaftlichen Produkten gewonnen und ist somit CO<sub>2</sub>-neutral. Es kann zudem nahtlos in die bestehenden Gasnetze integriert werden, eine Umstellung von Heizungs- oder Industrieanlagen ist in der Regel nicht erforderlich. Biomethan kann außerdem über die bestehende Infrastruktur, wie Gastanker und die zu errichtenden LNG-Terminals, problemlos importiert werden. Für einen Hochlauf fordern wir, dass klimaneutrale Gase, wie etwa Biomethan oder Wasserstoff, dem Erdgas in steigenden Anteilen hinzugefügt werden. Diese Anteile sollen gegenüber den Verbrauchern ausgewiesen werden und in die Berechnungen für Gebäudesanierungen, Neuplanungen von Heizungsanlagen und andere energetischen Maßnahmen einfließen. Wir rechnen mit erheblichen Effizienzgewinnen durch eine langfristige und klimaschonende Weiternutzung der Gasnetze, die Investitionen in neue und effizientere Gasheizungen befördern. Um diesen Umbau zu schaffen, setzen wir auf die vorhandene Erfahrung und Expertise der Gasnetzbetreiber, die seit Jahrzehnten für eine hervorragende und zuverlässige Infrastruktur sorgen. Eine staatliche Gesellschaft füllt kein Vakuum, sondern wäre ein Bremsklotz für die Transformation. Dasselbe gilt für die Entflechtungspläne der EU-Kommission. Deutschland muss sich in Brüssel entschieden gegen diese Pläne wenden, anstatt entschleunigende Verstaatlichungspläne zu verwirklichen.

## **Biomethan und Wasserstoff als Energieträger der Zukunft breit einsetzen**

Biomethan und Wasserstoff sind wichtige Energieträger der Zukunft. Bis zum Jahr 2030 können, nach heutigem Stand, bis zu 10 Mrd. Kubikmeter Biogas in Deutschland hergestellt werden, bis zum Jahr 2050 etwa 25 Mrd. Kubikmeter. **[1]** Andere Quellen gehen von bis zu 40% der Gasmenge (also ca. 35-40 Mrd. m<sup>3</sup>) im Jahr 2030 aus. **[2]** Das zeigt, dass die Gasnetze auch auf klimaneutrale Energieträger umgestellt werden können.

Analog zum EEG- und Ökostrom sollen eingespeistes Biomethan sowie Wasserstoff und seine Derivate in die Berechnung des Anteils Erneuerbarer Energien bei der Errichtung und Ersetzung von Heizungsanlagen berücksichtigt werden. Durch die Nutzung von Erneuerbaren Energien in den Gasnetzen wird auch die Modernisierung von Gasheizungen im Gebäudebestand attraktiver und günstiger. Eine Umrüstung ganzer Heizungsanlagen und Heizsysteme ist dann nicht mehr notwendig. Das spart kostbare Ressourcen. Zudem können energetische Gebäudesanierungen erheblich kostengünstiger erfolgen, wenn auch ein leichter und damit günstiger umzusetzender Dämmstandard in Kombination mit einer klimaneutralen Biogas- oder Wasserstoffheizung zu CO<sub>2</sub>-Neutralität führt. Die Nutzung von Biomethan und Wasserstoff muss daher in

allen einschlägigen Gesetzen, Regularien und Förderprogrammen umfassend und gleichberechtigt anerkannt werden, bspw. in der CCfD-Förderrichtlinie, der Bundesförderung Effiziente Gebäude oder dem Gebäudeenergiegesetz.

Die Umstellung auf die Nutzung von Biomethan in Gasnetzen hat erhebliche Auswirkungen auf die bisherige Erzeugung und Nutzung von Biomethan. Statt auf viele kleine Biomethananlagen zu setzen, sollen Großanlagen eine notwendige, höhere Effizienz schaffen. Maisdeckel und andere Hürden für Biogas müssen wegfallen. In Deutschland müssen systematisch Flächen für den Anbau von Biogasrohstoffen ausgewiesen werden. Dabei sollen insbesondere Anreize für den Anbau von solchen Pflanzen geschaffen werden, die gleichzeitig für Nahrung und Biogas nutzbar sind.

Für den Biogasimport müssen frühzeitig Lieferländer gefunden werden, die Biogasrohstoffe nach ethischen und ökologischen Kriterien anbauen und in Biogas umwandeln können. Dabei muss insbesondere die Nutzung von Flächen mit primärem Regenwald ausgeschlossen werden. Für die Erzeugung von klimafreundlichem Wasserstoff soll es ein Kickstarter-Programm geben, das vor Ort in Deutschland als auch im Ausland Kapazitäten schafft. Eine breite Diversifizierung von Lieferländern und langfristige Verträge und finanzielles Engagement aus Deutschland sollen hier dauerhaft und krisenresistent die Versorgung sichern.

## **Deutschland braucht bezahlbare Energie**

### **Günstige Erneuerbare am Markt etablieren**

Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Erneuerbare Freiheitsenergien dauerhaft günstiger als fossile Energien werden. Wir setzen uns dafür ein, die Marktmechanismen im Energiesektor zu stärken. Im Energienetz der Zukunft ist nicht nur die absolute Verbrauchsmenge entscheidend, sondern auch, wann ein Verbrauch realisiert wird. Im Winter sind es oft Nachtstunden, die aufgrund niedriger Verbräuche und hoher Windkraftleistung zu niedrigen Preisen führen, im Sommer führen hohe PV-Erträge oft tagsüber zu einem hohen Angebot. Deshalb wollen wir, dass die Verbraucher Preissignale empfangen und so über Marktinstrumente Potenziale zur Nachfrageanpassung nutzen können. Die zentrale Steuerung von Netzen und das Herunterriegeln einzelner Verbraucher bis hin zu ganzen Bereichen („Load-shedding“) halten wir für kontraproduktiv, um die Akzeptanz der Energiewende zu steigern. Die Netzbetreiber müssen daher schneller darin werden, durch Sensorik und Digitalisierung kritische Situationen zu vermeiden.

### **Smart-Meter als Basis für marktgetriebene Strompreise**

Der beschleunigte und für Verbraucher vergünstigte Einbau von Smart Metern ist ein richtiger und wichtiger Schritt um netzdienliches Verhalten zu fördern. Dabei muss gewährleistet sein, dass die Kunden über eine standardisierte lokale Schnittstelle, wie etwa ein entsprechendes Smart-Meter-Gateway, Zugriff auf die Zähler- und Tarifdaten bekommen. So lassen sich diese Daten etwa an Geräte und Heimautomatisierungssysteme weitergeben, die dann zeitoptimiert gesteuert werden können. Unser Ziel ist es, eine effiziente Energieinfrastruktur zu schaffen, die energieträgerübergreifend funktioniert und ausreichend dimensioniert ist, damit auch in Zukunft neue E-Ladestationen oder Wärmepumpen eingebunden und ohne Einschränkungen genutzt werden können. Ebenso sind einheitliche datenschutzrechtliche Regeln wichtig, die Datensparsamkeit realisieren und ein Eindringen des Staates in den privaten Bereich des Energieverbrauchs verhindert.

Variable Tarife werden schon bald der neue Standard sein. Damit einhergehen muss eine Flexibilisierung der Netzentgelte, die je nach verfügbarer Strommenge, Transportbedarf, Netzauslastung und Redispatch-Aufwand angepasst werden sollten. So könnten Zeiten mit einem Stromüberangebot durch geringere Netzentgelte deutlich preisattraktiver werden, gleichzeitig würden bei einer hohen Verbrauchsauslastung die Netzentgelte und die Stromkosten steigen.

### **Strompreise dauerhaft absenken**

Bereits vor dem Energiekrieg Russlands gegen Deutschland und große Teile von Europa zählten die Strompreise in Deutschland zu den höchsten der Welt. Im Jahr 2021 betrug der durchschnittliche Preis pro Kilowattstunde Strom in Deutschland 33 Cent, in Südkorea waren es hingegen nur 10 Cent. Auch in vielen EU-Ländern lag der Strompreis deutlich niedriger als in Deutschland, in Polen oder Frankreich etwa war er nur rund halb so hoch wie in Deutschland. Mit der Abschaffung der EEG-Umlage hat die Koalition die Stromkunden bereits effektiv entlastet. Leider wurde dieser Effekt durch die Auswirkungen des russischen Energiekrieges für die meisten nicht spürbar.

Grund dafür sind nicht nur die mittlerweile hohen Preise im Stromhandel, die wir durch eine massive Angebotsausweitung drücken wollen, sondern strukturell insbesondere die hohen Nebenkosten in Deutschland. Deshalb halten wir es für notwendig, die Stromsteuer auf das EU-Minimum abzusenken, was den Netto-Preis um rund 2 Cent/kWh senkt. Langfristig wollen wir uns auf EU-Ebene zudem dafür einsetzen, dass die Stromsteuer ganz entfällt. Wir schlagen vor, dass Länder und Kommunen einen Beitrag zur Senkung der Strompreise leisten und komplett auf die Konzessionsabgabe von ca. 1,66 Cent/kWh **[3]** verzichten. So könnte der Strompreis für Privatkunden von beispielsweise 40 Cent/kWh auf rund 32 Cent/kWh sinken. Weitere Entlastungen der Stromkunden sollen geprüft werden.

### **Lokale Strompreissignale schaffen**

Das derzeitige Marktdesign verhindert, dass sich räumliche Knappheiten oder ein hohes Angebot in den Strompreisen widerspiegeln. Die deutschlandweit einheitliche Gebotszone suggeriert, dass es keine Netzengpässe gäbe und der an der Börse gehandelte Strom jederzeit an jedem Ort verfügbar sei. Dies führt angesichts des wachsenden Anteils dezentraler und volatiler Erzeugung aus erneuerbaren Energien zu einem steigendem Bedarf an Netzausbau und Engpassmanagement durch die Netzbetreiber. Marktakteure erhalten bislang keine lokal sinnvollen Preissignale, die ein systemdienliches Verhalten anreizen könnten. Der Strompreis muss daher künftig auch die räumliche Dimension abbilden. Langfristig ist daher der Übergang von einheitlichen Strompreiszonen hin zu einem nodalen Preissystem notwendig, bei dem sich der Strompreis im gesamten EU-Binnenmarkt nach dem jeweiligen Netzknotenpunkt bildet. Auf dem Weg dorthin halten wir an einer einheitlichen Strompreiszone im Prinzip fest und setzen auf flexibilisierte Netzentgelte, die lokal Preissignale senden können.

### **Niedrige und flexible Netzentgelte**

Nach der Abschaffung der EEG-Umlage sind die Netzentgelte der größte Block im Strompreis, neben den Erzeugungskosten. Gleichzeitig erfordern Modernisierung und Ausbau der Netze Investitionen. Umso wichtiger ist es, die Kosten des Netzausbaus und -betriebs möglichst gering zu halten. Preissignale, die lokale Stromverfügbarkeit und Netznutzung widerspiegeln, vermeiden Engpasskosten. Auch die Entschädigung für Abregelungsmaßnahmen ist nicht mehr zeitgemäß und sollte abgeschafft werden. Gleichzeitig müssen

Anreize für einen möglichst effizienten Netzbetrieb erhalten und ausgebaut sowie unnötige Bürokratie vermieden werden. Netzbetriebskosten sollten künftig stärker gewichtet werden, um Anreize für Digitalisierungs- und Optimierungsmaßnahmen abseits des klassischen Netzausbaus zu stärken. Außerdem muss geprüft werden, ob zumindest in Regionen mit besonders viel Erneuerbaren-Zubau auch Einspeiser an den Netzausbaukosten beteiligt werden. Eine integrierte Planung von Strom- und Gas-/Wasserstoffnetz sorgt für eine volkswirtschaftlich effiziente Energieinfrastruktur.

Im Zusammenhang mit Smart Metern und flexiblen Stromtarifen müssen auch die Netzentgelte flexibilisiert werden. Dies würde Anreize für das netzdienliche Verhalten stärken und selbst für nicht-gewerbliche Endverbraucher zeitweise Strompreise im einstelligen Centbereich ermöglichen. Verbraucher, die keinen flexiblen Tarif wählen, sollen dabei im Durchschnitt höhere Netzentgelte als bei flexiblen Tarifen zahlen müssen. Dies würde die Netzentgelte also am Verursacherprinzip ausrichten – wer smarte Verbrauchseinrichtungen hat, der profitiert. Dieses Verursacherprinzip sollte auch regional umgesetzt werden. Regionen, die durch hohe Stromimportmengen profitieren, selbst aber wenig Strom produzieren, sollen stärker an den Netzkosten beteiligt werden als Regionen, die viel Strom erzeugen und diesen anderen zur Verfügung stellen. Wer viel (erneuerbaren) Strom erzeugt, darf nicht durch hohe Netzkosten übermäßig belastet werden.

### **Günstiger Strompreis für die Industrie als Standortfaktor**

Zugang zu günstiger, möglichst sauberer Energie ist ein entscheidender Standortfaktor. Nicht erst seit der Energiekrise belasteten hohe Energiepreise Unternehmen und schrecken potenzielle Investoren ab. Unser Ziel ist es, die Versorgung großer Unternehmen mit Strom aus Erneuerbaren zu international wettbewerbsfähigen Konditionen zu ermöglichen. Wir brauchen daher Mechanismen, die dafür sorgen, dass v. a. die Unternehmen von den Kostenvorteilen der Erneuerbaren stärker profitiert. Dazu können bspw. eine Stärkung von Direktlieferverträgen, sog. PPA, stärkere Standardisierung, Vereinfachungen für Direktleitungen oder auch eine Ausweitung des sog. CI-Modells gehören, das aber ohne staatliche Subventionen auskommen muss. Zusätzlich kann ein eigenes Marktsegment eine Option für international wettbewerbsfähige Strompreise für die Industrie sein. Dieses sollte aber auf europäischer Ebene installiert werden, um ein Level-Playing-Field im Binnenmarkt zu gewährleisten. Eine staatliche Preisregulierung, eine dauerhafte öffentliche Subventionierung oder Querfinanzierung durch andere Stromkunden darf jedoch kein Bestandteil dieses Mechanismus sein.

### **Effizienz durch Marktanreize stärken**

Energie sparen leistet derzeit einen großen Beitrag zur Sicherung unserer Energieversorgung. Auch grundsätzlich ist es sinnvoll, den Energiebedarf durch einen effizienten Einsatz von Energie zu begrenzen und, wo möglich, zu reduzieren. Energieeinsparung ist jedoch weder Selbstzweck noch kostenlos, sondern geht entweder mit Investitionskosten einher oder aber mit verringertem Output bzw. Komfort. Das gelingt nur auf freiwilliger Basis, mithilfe innovativer Technologien und Dienstleistungen, die für die Anwender wirtschaftlich sinnvoll sind. Energieeffizienz darf keine Chiffre für Degrowth-Vorstellungen sein und wird auch nicht mit regulatorischem Mikromanagement erreicht, das schon in so vielen anderen Bereichen nicht zum Erfolg führt. Energieeinsparziele für Bundesländer oder einzelne Sektoren lehnen wir entschieden ab. Durch den EU-Emissionshandel und den ETS-2 bestehen ausreichend Anreize, auch in Energieeffizienz zu investieren.

Die bereits etablierten Energieaudits und Energieeffizienznetzwerke haben sich bewährt. Sie decken Potenziale auf, die viele Unternehmen im Zuge der Energiepreiskrise zu heben begonnen haben. Bei vielen Geschäftsführungen ist das Thema derzeit ganz oben. Diese Aufmerksamkeit und Investitionsdynamik gilt es

nicht einzuengen, sondern zu nutzen. Durch Superabschreibungen für solche und andere CO<sub>2</sub>-Einsparmaßnahmen setzen wir Impulse, damit diese Potentiale schnellstmöglich gehoben werden.

Daneben bietet auch die verstärkte Nutzung von Abwärme viel Potenzial, insbesondere für die kommunale Wärmeversorgung. Abwärme sollte daher nicht einfach aus Prinzip weggespart werden, wenn sie effizienter genutzt werden und anderswo Wärmeerzeugung einspart werden kann. Dies gilt insbesondere dort, wo die entsprechenden Anlagen in den EU-Emissionshandel eingebunden sind. Wir brauchen daher Kooperationsmodelle zwischen Industriebetrieben oder Rechenzentren und den Fernwärmeunternehmen, die unter Umständen durch maßvolle Anreize insbesondere in der Fernwärme-Regulierung flankiert werden sollten.

### **Privat vor Staat**

Deutschlands Energiewirtschaft ist - anders als häufig vorgebracht wird - dominiert von Staatsunternehmen. Vom kleinen Stadtwerk bis hin zum multinationalen Unternehmen haben wir es überwiegend mit Akteuren im öffentlichen Besitz zu tun. Im Zuge der Energiekrise musste der Bund gezwungenermaßen seine Anteile erhöhen. Bestrebungen, solche Notfallmaßnahmen zu verstetigen, sie als Ausgangspunkt für einen noch weitergehenden Ausbau, oder gar eine Konzentration des staatlichen Einflusses in der Energie zu nutzen und als Vehikel für die Verwirklichung einer technologie- und innovationsfeindlichen Agenda zu missbrauchen, lehnen wir strikt ab. Der Bund muss im Gegenteil die erworbenen Anteile an diesen Unternehmen schnellstmöglich wieder veräußern.

### **Marktwirtschaft statt Planwirtschaft – keine CfDs**

Contracts for Difference (CfDs) sind aus unserer Sicht kein nachhaltiger Baustein für ein neues Strommarktdesign oder einen Industriestrompreis. Im Prinzip handelt es sich um eine Preisabsprache zwischen Staat und Stromerzeuger, bei dem das Risiko einseitig auf die Stromkunden abgewälzt wird. Darum können CfD auch kein Element eines zukunftsfähigen Strommarktdesigns sein. Sie entkoppeln Stromerzeugung und Stromabnahme komplett vom Markt und verhindern so, dass Preissignale, etwa günstige Strompreise bei einer hohen Stromerzeugung, wirken können. Zudem stehen sie im starkem Widerspruch zur Etablierung von Smart Metern und zu dem gewünschten netzdienlichen Verhalten. Statt mit CfDs neue planwirtschaftliche Elemente einzuführen, möchten wir dafür Sorge tragen, dass im Sinne des Koalitionsvertrages mit dem Kohleausstieg auch die Förderung der Erneuerbaren Energien endet und diese in ein marktbasierendes System überführt werden, das eine angemessene Finanzierung der Anlagen genauso sichert, wie ein attraktives Preisniveau für Verbraucher.

### **Das nächste Level der Bürgerenergie: Vom Konkurrenten zum Partner der Unternehmen**

Wir wollen Bürgerenergieprojekte forcieren, damit mehr Menschen direkt vom Ausbau der Erneuerbaren profitieren. Denkbar ist dafür auch die Aufhebung der Regelung, die große Unternehmen von Bürgerenergieprojekten ausschließt. Denn gerade wenn große Versorger die Bürger bei Projekten vor Ort mit an Bord holen, können diese erfolgreich sein und den Ausbau der Freiheitsenergien voranbringen.

Die Stromproduktion kann so eigentümergebasiert, lokal und damit günstig erfolgen, denn sie belastet die Netze nur wenig.

## **Biogas und Wasserstoff durch niedrige Steuern attraktiver machen**

Preislich soll sich der Einsatz von Biogas und Wasserstoff bezahlt machen. Biogas ist nicht durch CO<sub>2</sub>-Abgaben belastet, weil es als Energieträger aus nachwachsenden Rohstoffen kein zusätzliches CO<sub>2</sub> freisetzt. Daher wird es mit steigenden Preisen im CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel preislich an Attraktivität gewinnen. Durch den Einsatz von Biogas können wir daher auch den Gaskunden langfristig wettbewerbsfähige Preise sichern. Im Gasbereich sind die Möglichkeiten von Steuersenkungen und Entlastungen deutlich geringer. Mit dem befristet abgesenkten Mehrwertsteuersatz von 7% haben wir bereits ein Zeichen gesetzt, langfristig setzen wir uns vor dem Hintergrund des CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandels für eine Neuregelung bei den europäischen Vorgaben zur Energiebesteuerung ein.

## **Aufbruch für Freiheitsenergien statt Dauerbürokratie**

### **Weg von der gefühlten hin zur tatsächlichen Energiewende**

Wir müssen wegkommen von einer gefühlten Energiewende hin zu einer tatsächlichen Energiewende. Daher müssen wir die bisherige Ausbausystematik vom Kopf auf die Füße stellen. Ein Energieaufbruch hin zu Erneuerbaren Freiheitsenergien erfordert erhebliche Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um diese Neuausrichtung zu bewältigen. Die bisher mit der „Energiewende“ verbundenen Maßnahmen und Ziele greifen dabei zu kurz und sind unnötig teuer.

Unser Ziel ist es, Erneuerbare Freiheitsenergien schnell und in großem Umfang zu möglichst niedrigen Kosten verlässlich auszubauen. Wir müssen weg vom bisherigen Klein-Klein des EEG, in dem für viele Einzelfälle Vergütungssätze festgelegt werden, welche finanziell und strukturell kleine Anlagen bevorzugen.

Für einen schnellen und systemdienlichen Zubau der Freiheitsenergien müssen wir groß denken und die Voraussetzungen für den Zubau großer Projekte mit viel Erzeugungskapazität ermöglichen. Hierzu müssen schneller als bisher für Windkraft- und PV-Anlagen Flächen gesichert werden, auf denen große Anlagenparks an möglichst ertragreichen Standorten entstehen können. Die Genehmigungsdauer muss drastisch reduziert werden, damit wir unsere Ausbauziele erreichen. Dazu müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Behörden rechtssichere Entscheidungen bei geringerer Genehmigungsdauer treffen können.

### **Standardisierung von EE-Anlagen**

Der staatliche Bürokratismus wirkt wie ein Tempolimit für den Erneuerbaren-Ausbau - dieses Tempolimit muss entfallen. Das Planungs- und Baurecht muss so vereinfacht werden, dass auf freigegebenen Flächen standardisierte Anlagen, die vorgegebene Kriterien erfüllen, ohne komplizierte Antrags- und Genehmigungsverfahren errichtet werden können. Insbesondere für Windenergie-Anlagen sollte es daher eine bundesweite Standardisierung geben, die einzelne baurechtliche Genehmigungen überflüssig macht. Wer auf einer freigegebenen Fläche ein entsprechendes Anlagenmodell errichten möchte, sollte dies ohne bürokratische Planungs- und Genehmigungsverfahren tun dürfen.

### **Flächen für Freiheitsenergien mobilisieren**

Nach dem Vorbild des 2%-Ziels für Windkraftanlagen benötigen wir eine verbindliche Potenzialanalyse mit anschließender Ausschreibung für Wasserkraft.

Für Freiflächen-PV streben wir eine Doppelnutzung an: PV kann auch über landwirtschaftlich genutzten Flächen und Grünland errichtet werden. Hier sollten Flächenausweisung und Genehmigung von Anlagen parallel erfolgen, damit die Flächen schnell genutzt werden können. Bei allen Flächenausweisungen soll es zudem eine Beschleunigung geben.

### **Technologieführerschaft bei Solarzellen nutzen, um Abhängigkeiten zu reduzieren**

Technologieführerschaft hat Deutschland bereits bei der Entwicklung der neuesten Generationen von Solarzellen. Für die 3. und 4. Generation von Solarzellen muss es deshalb Ziel sein, nicht nur die Entwicklung in Deutschland zu betreiben, sondern durch kluge Ansiedlungspolitik eigene Lieferketten und eine eigene Produktion in Deutschland zu erschaffen. Dafür ist aber auch ein risikobasierter Ansatz bei der Bewertung von Lithium notwendig. Deutschland muss sich entsprechend des Koalitionsvertrages für eine risikobasierte Bewertung von Stoffen auf EU-Ebene einsetzen. Durch eine eigene Produktion von Solarpanels und Wafern mit aus Deutschland gefördertem Lithium reduziert Deutschland seine Abhängigkeit vom internationalen Solarzellen-Monopolisten China und von Rohstoffimporten. Dadurch steigern wir die Resilienz unserer Volkswirtschaft. Bereits im Jahr 2030 wird die Solarzellenindustrie so groß wie die Automobilbranche sein. Wir werden daher die Rahmenbedingungen für gewinnbringende private Investitionen verbessern, den Finanzplatz Deutschland stärken, Bürokratie abbauen und die steuerliche Belastung für Unternehmen senken. So beseitigen wir Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen. Die beste Technologie nützt nichts, wenn andere Staaten bessere Investitionsbedingungen liefern, wie das etwa in den USA derzeit der Fall ist.

### **Potenziale der Wasserkraft nutzen**

Die Sicherung der Energieversorgung muss im Zentrum des Energieaufbruchs stehen. Der Winter 2022/2023 zeigt eindeutig, dass die Fokussierung des Ausbaus auf Wind- und PV-Anlagen nicht zielführend ist. Über mehrere Wochen haben Wind und PV weniger als 25% zur gesamten Stromversorgung beigetragen, damit wurden zeitweise drei Viertel des Energiebedarfs in Deutschland durch vor allem konventionelle Stromerzeugungsanlagen gesichert. Beim gleichzeitigen Wunsch, die Elektromobilität zu beschleunigen, bedarf es zuverlässigen, sauberen Stroms.

Neben Wind- und PV müssen weitere Erneuerbare ausgebaut werden, die weniger abhängig von der Wetterlage sind. Vor allem ist ein Ausbau der Wasserkraft dringend erforderlich. Die bisherige installierte Leistung sollte deutlich gesteigert werden, bei einem ambitionierten Ausbaupfad können 50-60 GW installierter Leistung möglich sein. Ein solcher Ausbau, der überwiegend im Süden Deutschlands stattfindet, steigert die Erzeugungskapazitäten im süddeutschen, mit Erneuerbaren unterversorgten Raum erheblich und senkt den Bedarf des Zukaufs von teurem Strom aus dem Ausland. Ein großer Teil der Leistungssteigerung kann durch eine Modernisierung der bisher installierten Anlagen geschehen.

Dass Deutschland bislang das Potenzial der Wasserkraft unzureichend nutzt, ist in diesem Zusammenhang unverständlich. Die Ampel-Koalition hat sich deshalb schon auf Initiative der Freien Demokraten hin für einen verstärkten Ausbau der Wasserkraft und ein Modernisierung der bestehenden Anlagen ausgesprochen. Dieser Willensbekundung müssen nun schnell Taten folgen. Wir benötigen für die Wasserkraft deshalb eine Flächenausweisung in den Flüssen, bei denen Auswirkungen auf die Natur und den Schiffsverkehr minimiert werden. Analog zu Windkraft und PV bedarf es einer Planungs-, Vergabe- und Genehmigungsbeschleunigung. Es muss außerdem durch standardisierte Verfahren gesichert werden, dass dem Schutz der Gewässer Rechnung getragen wird.

## **Speicherstrategie: Das erneuerbare Energieloch stopfen**

Die größte Aufgabe auf dem Weg zu bezahlbarem sauberen Strom ist das Schließen des erneuerbaren Energielochs. Für eine effektive, ganzheitliche Energiewende braucht Deutschland eine Speicherstrategie. Auf FDP-Initiative hin wurden bereits durch den Deutschen Bundestag grundlegende Beschlüsse dazu getroffen. Bewährt haben sich die Pumpspeicherwerke, die schnell ins Netz geschaltet werden können. Hier müssen die Kapazitäten erheblich erhöht werden, bestehende Standorte sollen modernisiert werden, neue Standorte für Pumpspeicherwerke müssen schnell identifiziert werden. Mit einem Zukunftsprogramm Pumpspeicherwerke wollen wir einen wichtigen Beitrag gegen die Nutzung fossiler Kraftwerke bei Redispatch-Maßnahmen setzen.

Ebenso muss diese Speicherstrategie auch Batteriespeicher, thermische Speicher und weitere innovative Speicherformen umfassen. Denkbar wäre es, finanzielle Anreize für die Nutzung der Akkus von Elektrofahrzeugen zu schaffen, die dezentral netzdienlich eingesetzt werden könnten. Durch Batteriespeicher können Spitzenlasten abgefangen werden, was die Netze erheblich stabilisiert. Das mit dem EEG beschlossene Förderprogramm für Speicher muss sehr zeitnah umgesetzt werden. Zudem wird ein schneller Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft inkl. E-Fuels einen wichtigen Beitrag zur Energiespeicherung leisten.

## **Schneller ans Netz - Schnellere Anschlüsse**

Viele Menschen und Unternehmen haben bereits in Energiewendelösungen investiert - seien es PV-Anlagen, private Wallboxen oder Wärmepumpen. Häufig stehen diese Anlagen aber monatelang ungenutzt herum, weil sich die Anmeldung von Netzanschlüssen und deren Umsetzung hinzieht. Dies liegt u. a. an den antiquierten Antragsverfahren bei den Netzbetreibern. Dieser Missstand muss schnell beseitigt werden. Bundesregierung und Bundesnetzagentur müssen Maßnahmen ergreifen, damit die Netzbetreiber Anschlüsse in angemessener Zeit realisieren. Hier sind klare Fristen zu setzen, bei deren Nicht-Einhaltung die Betroffenen Anspruch auf Schadenersatz erhalten sollten.

## **Bereit sein für die Dunkelflaute**

Durch die Ausrichtung der Stromerzeugung auf Freiheitsenergien werden verstärkt Ausgleichsmaßnahmen notwendig sein. Hierbei darf sich Deutschland nicht allein auf Nachbarstaaten verlassen, sondern muss auch selbst tätig werden. Dies betrifft nicht nur kurzfristige Redispatch-Maßnahmen, sondern insbesondere im Winter auch die Sicherstellung der Energieversorgung, wenn über mehrere Tage nicht ausreichend erneuerbarer Strom erzeugt werden kann. Hierzu müssen neue Ausgleichskapazitäten in erheblichem Umfang geschaffen werden, die weit über nur kurzfristig nutzbare Energiespeicher hinausgehen. Hierzu müssen an strategischen Punkten zu möglichst niedrigen Kosten Gas- und Wasserstoffkraftwerke errichtet werden, die kurzfristig Kapazitäten zur Verfügung stellen können. Diese Innovationskraftwerke müssen nun schnell ausgeschrieben und errichtet werden. Gas-Kraftwerke sind keine Brückentechnologie, sondern tragende Säule einer sicheren, klimaneutralen Stromerzeugung. Ein aktueller Bericht der Bundesnetzagentur beziffert den Zubaubedarf bis 2030 auf bis zu 21 GW, andere Studien sogar auf 40 GW. Dabei sind nur wenige Projekte bereits in Planung und im Bau. Durch den ordnungsrechtlich verfügbaren Kohleausstieg, Drohungen mit kalter Enteignung, regelmäßiger Verschärfung von Auflagen ohne Mehrwert und marktverzerrende Interventionen hat die Politik zur Zeit der Großen Koalition das Investitionsklima für neue Kraftwerke nachhaltig vergiftet. Damit die Unternehmen die notwendigen Reserve-Kraftwerke bauen, müssen sie das

Vorhalten der sicheren Back-up-Leistung vergütet bekommen. Wir sprechen uns daher für einen wettbewerblichen Leistungsmarkt aus.

### **Planungsbeschleunigung für Netze – die Zeit des Geisterstroms beenden**

Unsere Stromnetze müssen modernisiert und schnellstmöglich ausgebaut werden. Der Netzausbau ist noch wichtiger als der Ausbau der Erzeugungskapazitäten, denn schon heute muss ein großer Teil von Windkraftanlagen abgeschaltet werden. Der sogenannte „Geisterstrom“ wird bezahlt, aber nicht produziert. Der Netzausbau hinkt dem Ausbau von Erneuerbaren massiv hinterher. Das muss zukünftig mit einer engen Verzahnung von schnellem Netzausbau und klugem Speicheraufbau verhindert werden. Das gilt sowohl für die Übertragungs- als auch für die Verteilnetze. Schaffen wir den Geisterstrom ab!

Das LNG-Beschleunigungsgesetz dient als Vorbild für den gesamten Infrastrukturausbau in Deutschland. Nach diesem Muster wollen wir auch hier die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen, Umweltverträglichkeitsprüfungen auch begleitend zum Verfahren erlauben, Klagezeiträume verkürzen, sowie den Weg durch die Rechtsinstanzen straffen. Zudem sollen Verzögerungen bei Netzprojekten finanzielle Folgen haben, etwa durch Strafzahlungen. So könnte geprüft werden, ob etwa Antragsteller einen Anspruch auf Schadensersatz erhalten, wenn Genehmigungsverfahren in vorgegebenen Fristen nicht abgeschlossen werden.

Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung sollen nicht nur für zukünftige Projekte umgesetzt werden, sondern auch für bestehende Projekte und Verfahren. An vielen Orten hängt der Netzausbau deutlich zurück, er ist damit zur Gefahr des Standorts Deutschland geworden.

Ebenso wie für Stromnetze, sollen Planungsbeschleunigungen und bürokratische Entlastungen auch für Gas- und Wasserstoffnetze gelten. Wir werden in Zukunft LNG-Terminals, Wasserstoffelektrolyseure oder andere Anlagen schneller ans Netz anschließen. Es muss vermieden werden, dass fertiggestellte Anlagen aus Gründen der Bürokratie oder fehlender Netzinfrastruktur nicht oder nur eingeschränkt angeschlossen und genutzt werden können. Für große PV-Anlagen muss es deshalb eine Anschlusspflicht für die Netzbetreiber geben, damit fertige Anlagen binnen drei Monaten auch angeschlossen werden und Investoren keine Nachteile durch Verzögerungen in bürokratischen Verfahren entstehen.

### **Die Wärmewende läuft der Stromwende hinterher – Potenziale der Geothermie nutzen**

Allein die Wärmeerzeugung für Industrie und Gebäude sorgt für 56 Prozent des jährlichen Endenergiebedarfs. Mit einem All-Electric-Ansatz ist die Wärmewende nicht zu realisieren. Vielmehr sind lokal verfügbare und regenerative Alternative gefragt. Deutschland hat das Potenzial, bis zu einem Viertel des Gesamtwärmeverbrauchs aus Tiefengeothermie zu erbringen. Bislang liefert die Tiefengeothermie allerdings keinen großen Beitrag zur Wärme- und Energiebereitstellung. Diese Potenziale müssen gehoben werden. Dazu braucht es die entsprechenden regulativen Rahmenbedingungen und Marktanreize, wie die Anpassung der teilweise konkurrierenden Gesetzgebung, beschleunigte Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung oder die Ausweisung von Vorzugsflächen in der Flächennutzungsplanung.

Ein ambitionierter Zubau von Geothermieanlagen lässt sich nur mit Hilfe der Akzeptanz vor Ort realisieren. Im EEG wird bereits durch wirtschaftliche Anreize die Akzeptanz von Windenergie- und Photovoltaikvorhaben in den beteiligten Kommunen gestärkt. Ein ähnliches Instrument sollte auch für Vorhaben der Tiefengeothermie eingeführt werden.

## **Sinnvolle Krisenmaßnahmen weiterführen**

Die EU hat mit diversen Notfallregelungen eine deutliche und rechtssichere Vereinfachung von Erneuerbaren-, Netzausbau- und Speicherprojekten ermöglicht. Diese wird die Ampel-Koalition kurzfristig in deutsches Recht umsetzen. Die entsprechenden EU-Verordnungen sind aber befristet. Deutschland sollte sich daher in Brüssel entschieden dafür engagieren, dass sinnvolle Maßnahmen dieser Krisenreaktion dauerhaft erhalten bleiben, bspw. durch eine Überführung in die Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED), die derzeit überarbeitet wird. Dazu zählt u. a. die Einschränkung der UVP-Pflicht in artenschutzrechtlich bereits überprüften Gebieten oder auch die Erhöhung der Ausschreibungsgrenzen für PV-Anlagen.

## **Innovativ und technologieoffen: Wasserstoff Made in Germany**

### **Technologieführerschaft als Ziel**

Deutschland soll weltweit die Technologieführerschaft bei der Wasserstoffelektrolyse erreichen. Dafür möchten wir in Deutschland schnell Wasserstoffelektrolyseure ans Netz bekommen. Im Koalitionsvertrag ist daher bereits der Aufbau einer Elektrolyse-Kapazität von 10 GW bis zum Jahr 2030 festgelegt. Wasserstoff kann vor allem dort gewonnen werden, wo viel Wind- und Solarenergie zur Verfügung steht. Wir sehen daher die Gewinnung von Wasserstoff als wichtigen Baustein im Umstieg auf Erneuerbare Energien und zur Abschaffung von Geisterstrom an.

### **Alle Farben für den Wasserstoff-Booster nutzen**

Wasserstoff ist in vielen Bereichen der Energieträger der Zukunft. Vor allem in der Industrie sehen wir große Potenziale für die Nutzung von Wasserstoff. Aber auch in der Mobilität, etwa im Bahn- und Straßengüterverkehr, bei Heizungen und in vielen anderen Bereichen sehen wir große Anwendungspotentiale für den Einsatz von Wasserstoff.

Es sollen Anreize geschaffen werden, dass möglichst viele Energieversorger und Netzbetreiber in Wasserstoff investieren und so die Einführung beschleunigen und durch Synergieeffekte die Kosten senken. Ein Unbundling der Wasserstoffinfrastruktur von anderen Energiebereichen lehnen wir daher ab.

Um zu gewährleisten, dass der Wasserstoffhochlauf in Deutschland schnell erfolgen kann, sollen alle Formen klimaneutralen Wasserstoffs genutzt werden. So wird eine ausreichende Verfügbarkeit gewährleistet, ebenso können Nutzungsszenarien besser erforscht und erprobt werden. Ziel ist es aber, in absehbarer Zeit vorwiegend grünen Wasserstoff in Deutschland zu erzeugen.

### **Internationale Wasserstoff-Bündnisse schmieden**

Deutschland wird in Zukunft von Wasserstoffimporten abhängig sein. Deshalb muss gemeinsam mit der Wirtschaft schnell eine Importstrategie entwickelt werden. Durch gleichberechtigte Zusammenarbeit wird der Markthochlauf beim Wasserstoff zur Gewinnstrategie für alle Beteiligten. Wir möchten Anreize und Rahmenbedingungen schaffen, dass die Wasserstoffimporte diversifiziert erfolgen und dass die deutsche Wirtschaft sich am Aufbau klimaneutraler Wasserstofferzeugungsanlagen im Ausland beteiligt. Ziel ist es, möglichst langfristige und verlässliche Wasserstofflieferungen zu konkurrenzfähigen Preisen zu sichern.

Es muss sichergestellt werden, dass Wasserstoffimporte nach Deutschland in ausreichender Menge erfolgen können. Hierzu benötigen wir Importterminals und ebenso eine Transportinfrastruktur für Wasserstoff. Die Netzbetreiber müssen daher die Freiheit erhalten, ohne politisch motivierte Störfeuer den Aus- und Umbau der Infrastruktur bedarfsorientiert weiterzuentwickeln. Die Umrüstung der LNG-Terminals auf Wasserstoff bzw. seine Derivate ist bereits vorgesehen.

### **Wasserstoff durch Marktwirtschaft entfesseln**

Damit der Umstieg gelingt, muss der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft beschleunigt werden. Wir sehen den Hochlauf der Wasserstoffnutzung als einen der zentralen Bausteine für ein neues Energiezeitalter an. Es ist daher von staatlicher Seite wichtig, Pilotprojekte, Forschungsvorhaben und innovative Konzepte zu fördern. Mit Projekten wie H2Global gehen wir hierbei bereits effektiv voran.

Eine staatliche Infrastrukturgesellschaft oder ähnliche staatswirtschaftliche Modelle lehnen wir strikt ab. Der Staat sollte allerdings zügig für eine Entbürokratisierung von Wasserstoffprojekten und für schnellere Prüfungs- und Genehmigungsverfahren sorgen. Die gesetzlich vereinbarte Pflicht zur Reprivatisierung von verstaatlichten Gas-Unternehmen werden wir dabei vorantreiben.

### **Mit E-Fuels und Biokraftstoffen in die Zukunft**

E-Fuels ermöglichen, zusammen mit der Batterietechnologie und Wasserstoff, eine emissionsfreie Zukunft. E-Fuels sind flexibel einsetzbar, in vielen Fällen sogar in bestehenden Anlagen oder Fahrzeugen. Außerdem bieten E-Fuels die große Chance, neben dem schwer zu dekarbonisierenden Luftverkehr und der Schifffahrt auch die Bestandsflotte an Pkw und den Güterverkehr klimaneutral zu machen. Aber auch für Neuzulassungen mit Verbrennungsmotor nach 2035 sind E-Fuels der Schlüssel. Denn nur mit ihnen gelingt es die Technologie von fossil auf erneuerbar umzustellen. Nicht nur im Verkehr, sondern in allen Anwendungen mit fossilen Brennstoffen bieten E-Fuels und sonstige klimafreundliche Alternativen die Chance eines schnellen Umstiegs, die es vollumfänglich zu nutzen gilt (z.B. Gebäude). Paraffinische Kraftstoffe sind fast gleichartig zu fossilen Pendants. Deshalb lässt sich nicht nur die gleiche Technik, sondern auch die gleiche Infrastruktur nutzen, um sie zu transportieren und zu speichern. Der Hochlauf dieser erneuerbaren Energieträger muss endlich starten. Sie sind ein echter Beitrag für mehr Klimaschutz. Gleiches gilt für Biokraftstoffe, die aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnen werden und somit ebenfalls klimaneutral sind. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die möglichst schnelle, möglichst breite Verfügbarkeit dieser Brennstoffe geschaffen werden. Flankierend sollte die Forschung in diesem Bereich fortgeführt und intensiviert werden.

### **Innovation Nation: Kernfusion und weitere Zukunftstechnologien erforschen**

Wir machen uns stark für die Erforschung neuer Energieerzeugungstechnologien. Kernfusion, neue Batterietechnologien oder bisher noch nicht bekannte technologische Möglichkeiten. Zentral ist dafür ein technologieoffener gesetzlicher Rahmen, der die klimaneutrale Energieversorgung nicht auf bekannte Technologien einengt und damit den Status Quo zementiert.

Die technologieoffenen Ansätze zu erneuerbarer und sicherer Energie der **Zukunftsstrategie Forschung und Innovation** setzen daher den richtigen Rahmen für mehr Innovation, mehr Wettbewerbsfähigkeit und mehr technologische Souveränität. Wir möchten sowohl die Forschung stärken, als auch StartUps, die mit neuen Ideen an den Markt gehen möchten. Hierzu soll es ein Förderprogramm geben, an dem sich auch

private Investoren beteiligen können sollen. Die Startup-Strategie der Bundesregierung muss dafür Sorge tragen, dass die klugen Ideen von heute die Business-Modelle von morgen werden – Made in Germany.

[1] [https://www.bdew.de/media/documents/Awh\\_20190426\\_Gas-kann-gruen-Potentiale-Biogas.pdf](https://www.bdew.de/media/documents/Awh_20190426_Gas-kann-gruen-Potentiale-Biogas.pdf)

[2] <https://biogas.fnr.de/biogas-nutzung/biomethan>

[3] Vgl. <https://www.bdew.de/service/daten-und-grafiken/bdew-strompreisanalyse/>

[4] Vgl. jeweils Summen aus Beschiedene AOG und Angepasste AOG aus den veröffentlichten Daten unter <https://www.netzentgelttransparenz.de/>